



Niemand spricht von „Krippenprämie“

Eine fragwürdige Studie der Bertelsmann-Stiftung

Der Begriff „Herdprämie“ wurde im Jahr 2007 zum „Unwort des Jahres“ gewählt. Als Begründung wurde angegeben, er diffamiere Eltern und besonders Mütter, die ihre Kinder selbst betreuen. Nun könnte man den Missgriff als Ausrutscher betrachten und zur Tagesordnung übergehen.

Aber so einfach ist das nicht. Warum wird ausgerechnet gezielt eine Arbeit diffamiert, die für die Entwicklung des einzelnen Menschen und für die ganze Gesellschaft wichtiger ist als die meisten Erwerbstätigkeiten? Wird dagegen die gleiche Arbeit in einer Kinderkrippe geleistet, gibt es keine „Prämie“, sondern einen Lohn.

Freilich kann das geplante als „Herdprämie“ diffamierte Betreuungsgeld von 150 Euro kaum als Lohn bezeichnet werden, da es im Vergleich zur Arbeitsleistung viel zu gering ist. Zur Minderbewertung der Arbeit kommt hier noch der Spott. Andererseits sollen mit der „Krippenprämie“, also dem Geld zur Finanzierung der Kinderkrippen, die Eltern dazu verleitet werden, ihre Kinder in die Krippe zu geben. Sie ist etwa sieben bis achtmal so hoch wie das geplante Betreuungsgeld.

Wie wird diese Ungleichbehandlung der gleichen Arbeit nun eigentlich gerechtfertigt? Um hier eine Begründung angeben zu können, werden zum Teil geradezu absurde Theorien konstruiert. Ein typisches Beispiel ist eine „Studie“ der Bertelsmann-Stiftung vom Frühjahr 2008, die auch im Herbst 2009 wieder durch Fernsehen und Presse geisterte. Da wird allen Ernstes behauptet, dass der Aufenthalt in einer Kinderkrippe die Intelligenz so fördere, dass die Chance, später auf ein Gymnasium zu kommen, um 40 Prozent steige.

Bei näherem Hinsehen finden sich keinerlei Angaben zu trivialen Störvariablen (wie z.B. Unterschiede zwischen Stadt und Land, zwischen Ost und West usw.) Eine saubere Methodik und eine kritische Diskussion – unverzichtbare Herzstücke jeder seriösen

Studie – fehlen völlig. (Meine telefonische Bitte um Übersendung näherer Informationen zur Methodik wurde von Bertelsmann abgelehnt; ohne Angabe von Gründen.) Es wird einfach aus einer zahlenmäßigen Beziehung ein willkürlicher Schluss gezogen nach dem Muster: „Mit den Störchen ging auch die Kinderzahl zurück. Also ist bewiesen, dass der Storch die Kinder bringt.“

Würden die Bertelsmann-Ergebnisse auch nur zum Teil stimmen, wäre ja zu erwarten, dass die Ost-Kinder wesentlich schlauer sind als die West-Kinder, da sie zu DDR-Zeiten fast alle in der Krippe waren. Die Pisa-Resultate ergaben jedoch keine Anhaltspunkte dafür. Aber das wird von den Bertelsmännern und –frauen ignoriert.

Nun bleibt die Frage: Warum veröffentlichen die Bertelsleute so etwas, wenn ihre „Erkenntnisse“ keine Substanz haben? Sind sie wirklich so wenig selbstkritisch und so naiv? Das kann ich nicht glauben. Als Erklärung fällt mir nur ein: Es kommt ihnen gar nicht auf die Wahrheit an, sondern auf den Medien-Erfolg. Der war allerdings schon von vornherein sicher, da die Weisheiten der Bertelsmann-Stiftung gleich über den Bertelsmann-Medien-Konzern (RTL, Gruner + Jahr, Random House u. a.) verbreitet werden können. Die meisten anderen Medien, einschließlich ARD und ZDF, ziehen dann schon mit.

Bleibt die Frage: was ist der eigentliche Sinn der versuchten Irreführung durch veröffentlichte Meinung? Nun: Es ist nichts Neues, dass Bertelsmann-Stiftung und Bertelsmann-Konzern als mächtige Lobbyisten für die „freie Wirtschaft“ tätig sind. Dabei ist die Freiheit der Eltern, wie sie ihre Kinder erziehen, nur hinderlich. Schließlich ist die Freiheit der Wirtschaft größer, wenn es mehr billige Arbeitskräfte gibt, statt vieler Eltern, die sich um ihre Kinder kümmern.

■ Dr. Johannes Resch

LESERINNENBRIEF

2. Vorsitzende des Akademikerinnenbundes für Betreuungsgeld

Die FAZ veröffentlichte am 14. Oktober 2009 einen Artikel der bayerischen Familienministerin, Christine Haderthauer, unter dem Titel: „Junge Eltern nicht einseitig lenken.“ Sie sprach sich darin klar für das Betreuungsgeld aus – als Kontrapunkt zum Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz. Würde die Anerkennung der häuslichen Erziehung unterbleiben, entziehe die Politik den Eltern nonverbal, allein durch diese Grundentscheidung, die gesellschaftliche Legitimation für die Gestaltung ihres Familienlebens ohne Krippe.

In der Zeitung des Deutschen Akademikerinnenbundes KONSENS (4/2009) wurde folgender Text abgedruckt, der als Leserinnenbrief an die FAZ geschrieben wurde:

Es ist völlig richtig und längst überfällig, dass für die Betreuung von Kindern in der Familie ein Betreuungsgeld gefordert wird.

Das würde nicht nur die finanzielle Gleichstellung mit der Krippenbetreuung, sondern auch die ideelle Anerkennung von Familienarbeit bewirken. Ministerin Haderthauer ist nämlich auch darin zuzustimmen, dass der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz vom ersten Geburtstag an die gesellschaftliche Norm verändert. Das sehen wir in Skandinavien und in Frankreich, wo eine Betreuung außerhalb des staatlich vorgegebenen Systems praktisch nicht möglich ist.

Die gegenwärtige Diskussion vermittelt den Eindruck, als ob Bildung nur durch Einrichtungen geleistet werden könne und als ob ein Zuwachs an Bildung lediglich von der weiteren Qualifikation von Erzieherinnen abhängt.

Betreuung zuhause läuft ganz anders ab als in einer Krippe. Die Mutter hat meistens nebenbei noch andere Tätigkeitsfelder: Versorgung von Geschwisterkindern und Eltern,

Arbeit im eigenen Betrieb, Arbeit an der eigenen beruflichen Qualifikation, Hausarbeit. Geht das zu Lasten des Kindes? Das Gegenteil ist der Fall. Das Kind wächst in das Leben hinein. Es bekommt vielfältige Anregungen und lernt, sich in ein soziales Gefüge einzuordnen. Das Leben in der Familie ist keine künstliche Welt für Kinder. Es ist das echte Leben mit seinen Sachzwängen und Freiräumen.

Dass diese Art der Familienarbeit erhalten bleibt, ist für unsere Kultur wichtig. Erstaunlich nur, dass keine der bürgerlichen Parteien, weder die Kirchen noch Verbände, dies bisher eingefordert haben! Umso wichtiger ist es, jetzt ein deutliches Signal zu geben.

■ Dr. med. Patricia Aden, Essen
2. Vorsitzende des Deutschen Akademikerinnenbundes